

LWBW1 10-Punkte-Programm für die Bezirkstagswahl 2018

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 01.11.2017

Tagesordnungspunkt: TOP 07 Landtags- und Bezirkstagswahlen 2018

Wir wollen, dass im Flächenstaat Bayern Demokratie dezentral gelebt werden kann. Deshalb braucht es zwischen kleineren Kommunen sowie Landkreisen auf der einen Seite und dem Freistaat Bayern auf der anderen Seite eine Zwischenebene, welche die Vielfalt lokaler und regionaler Besonderheiten berücksichtigt: Die bayerischen Bezirke. Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt für die Bezirkstagswahl 2018 folgende zehn Punkte in den Vordergrund:

1. Die Bezirke sind eine wichtige Säule lokaler und regionaler Kulturförderung. In Zeiten der gesellschaftlichen und politischen Zuspitzung kommt dieser Arbeit eine besondere Verantwortung zu, weshalb wir die Kulturförderung durch die Bezirke stärken und ausbauen wollen. Wir stehen für eine vielfältige Kulturförderung ohne Heimattümelei. Um lokal und regional junge Künstler*innen, Bands und Kulturschaffende zu vernetzen und weiterzubilden, setzen wir uns für die flächendeckende Einführung von Popkulturbeauftragten ein. Punk muss ebenso gefördert werden, wie klassische Musik, Pogo ebenso wie Standardtanzkurse.

2. Wir möchten das Engagement der Bezirke im Bereich Demokratie und Rechtstaatlichkeit ausbauen. Zusätzlich zur bestehenden Förderung durch die Bezirksjugendringe setzen wir uns für eine Regelförderung politischer Jugendarbeit in allen sieben Bezirken durch einen Ring Politischer Jugend ein. Auf Ebene der Bezirke möchten wir Fachberatungsstellen für Demokratie und Rechtstaatlichkeit einrichten. Als Vorbild kann hier die kommunale Fachstelle in München dienen.

3. Im Bereich der Eingliederungshilfe übernehmen die Bezirke wichtige Aufgaben der Sozialhilfe und unterstützen Menschen mit Behinderung. Der Freistaat Bayern muss die Bezirke in diesem Bereich stärker finanziell entlasten.

4. Gerade für Menschen mit Behinderung müssen der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und Bahnhofsgebäude inklusiver werden. Wer zur Schule, zur Ausbildung oder zur Lohnarbeit fährt oder einfach nur in der Freizeit mobil sein möchte, muss auf ein möglichst barrierefreies Angebot zurückgreifen können.

5. Wir möchten über die Bezirke und in Zusammenarbeit mit dem Jugendherbergswerk, den Träger*innen von Jugendfreizeitstätten sowie Gastronom*innen und Clubbetreiber*innen die Barrierefreiheit von Jugendherbergen, Freizeitstätten, Restaurants und Clubs erhöhen.

6. Das Angebot an barrierefreiem Wohnraum auf der einen Seite und Wohnraum für Menschen, die in Armut leben müssen sowie Wohnraum für Studierende auf der anderen Seite muss deutlich ausgebaut werden. Barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum ist eine wichtige Investition in die Zukunft, von der junge Menschen genauso wie Rentner*innen profitieren.

7. In Sachen Klimaschutz müssen die Bezirke eine aktive Vorbildfunktion

46 einnehmen. Wir fordern deshalb bei Sanierungen von Bezirksgebäuden besonders auf
47 energetische Aspekte zu achten. Wo immer möglich, sollen Solaranlagen auf
48 Bezirksgebäuden zu einer umweltverträglichen Energieerzeugung beitragen. Bei
49 Neuanschaffungen für den Fuhrpark eines Bezirks soll soweit wie möglich auf
50 Verbrennungsmotoren verzichtet werden.

51
52 8. Die Bezirke müssen insgesamt mehr Mittel für den Umwelt- und Gewässerschutz
53 bereitstellen. Insbesondere der Schutz des immer weniger vorhandenen und oft
54 verschmutzten Trink- und Oberflächenwassers ist enorm wichtig.

55
56 9. Wir setzen uns für die Einrichtung von Drogenkonsumräumen durch die Bezirke
57 ein. Drogenkonsumräume ermöglichen Akuthilfe bei einer lebensgefährlichen
58 Überdosis, tragen zur Vermeidung von Infektionskrankheiten durch unhygienische
59 Bedingungen beim Konsum bei und sind eine wichtige Möglichkeit, suchtkranke
60 Menschen an weiterführende Hilfsangebote zu vermitteln. Drogenkonsumräume sind
61 damit eine wichtige Ergänzung zu Suchtberatungsstellen.

62
63 10. Wir betrachten es als Aufgabe der Bezirke, für eine gute ambulante
64 Versorgung von psychisch kranken Menschen zu sorgen. Für uns gilt der Grundsatz:
65 Ambulant vor stationär und möglichst wohnortnah! Generell setzen wir uns für
66 einen Abbau der Stigmatisierung von psychischen Krankheiten ein und fordern eine
67 bessere Betreuung und Suizidprävention bei psychisch kranken Menschen.

Begründung

Erfolgt mündlich.